



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 25.09.2015

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 01. Oktober 2015, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 16.07.2015
2. Mitteilungen
3. **15-F-99-0001**
Fragestunde
4. Gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge in Wiesbaden
5. **15-F-08-0041**

Aussetzung von Sanktionen gegen Leistungsberechtigte nach SGB II
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 08.07.2015 -

Sanktionen gegen Leistungsberechtigte nach SGB II mit Kürzungen um 30 bis 100 Prozent sind nach Überzeugung des Sozialgerichts Gotha verfassungswidrig. Das Sozialstaatsprinzip verpflichte den Staat zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Bei einer Kürzung der Regelleistung um 30 oder gar 60 Prozent und erst recht bei einer kompletten Streichung sei das soziokulturelle Existenzminimum der Arbeitslosen nicht mehr gewährleistet. Durch unzureichende Mittel für die Ernährung sei auch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit bedroht, so das Sozialgericht Gotha weiter.

Mit Beschluss vom 26.05.2015 legte das Sozialgericht eine Klage dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor (Az.: S 15 AS 5157/14).

Die Stadtverordnetenversammlung wolle deshalb beschließen:

Anlässlich der Überprüfung von Sanktionen bei SGB II-Leistungen durch das Bundesverfassungsgericht fordert die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden den Magistrat auf, keine Sanktionen, die Leistungskürzungen beinhalten, bis zur Entscheidung des BVerfG zu verhängen.

6. 15-F-03-0084

Erhalt des Giebels und Kreuzgewölbes des Kunst- und Kulturzentrums Schlachthof
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.07.2015 -

Der Abriss der historisch geprägten Schlachthofhalle steht kurz bevor. Im Rahmen der Jugendbeteiligungs-Workshops wurde gewünscht, dass das Kreuzgewölbe des 60/40 und einer Giebelwand der Schlachthofhalle als Erinnerung erhalten bleiben. Ordnungsdezernent Dr. Franz (CDU) folgte diesen Wünschen im Rahmen der Planung des neuen Kulturparks mit der Idee einer integrierten Kletterwand in einer erhaltenen Giebelwand. Gegen das Votum des Beteiligungsworkshops sollen die Gebäudeteile aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten für die Mehrkosten im Abrissprozess nun nicht mehr erhalten werden.

Der Erhalt der Giebelwand der alten Halle einerseits und der des Kreuzgewölbes der alten Kneipe 60/40 andererseits werden jeweils mit 200.000 € Mehrkosten geschätzt. Beide Gebäudeteile sind statisch nicht miteinander verbunden, so dass der Erhalt der beiden Bauwerke getrennt voneinander betrachtet werden kann. Für die Schätzungen sind bis jetzt keine Alternativen bekannt, es bleibt bei lediglich einem Angebot. Finanzierungsmöglichkeiten wie zum Beispiel die Übertragung der Bauherrenschaft an die Betreiber des KuK Schlachthof, das vorsteuerabzugsberechtigt ist, oder Sponsoring und Crowdfunding wurden nicht berücksichtigt, obwohl sie eine reale Möglichkeit darstellen. Ebenso besteht die Kompromisslösung eines Abrisses der Halle und anschließendem Wiederaufbau der Giebelwand, was eine wesentlich günstigere Variante gegenüber einem kontrollierten Abriss bei Erhalt der Giebelwand und des Kreuzgewölbes darstellen würde.

Das Kreuzgewölbe als Stück der Baugeschichte und die Giebelwand als Monument der Stadtgeschichte tragen nicht nur zur Erinnerung eines einzigartigen Kulturprojekts bei, sondern sind auch Teil der Wiesbadener Stadtgeschichte. Die Möglichkeit eines Erhalts muss genau geprüft werden, was bisher nicht geschehen ist.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- I. den Abrissprozess zu unterbrechen, bis die unten genannten Angebote eingeholt und die Möglichkeiten zur Finanzierung eines Erhalts vollständig geprüft sind.
- II. die Finanzierungsmöglichkeiten des Erhalts von Giebelwand, Kreuzgewölbe und den statisch notwendigen Seitenteilen der alten Halle auf dem Kulturparkgelände intensiv zu prüfen. Hierbei ist auch die Möglichkeit der Finanzierung durch Sponsoren zu berücksichtigen.
- III. alternative Angebote für den kontrollierten Abriss bei Erhalt der jeweiligen Gebäudeteile einzuholen.
- IV. Angebote für den kompletten Abriss und Wiederaufbau der betreffenden Gebäudeteile einzuholen.
- V. zeitnah über die Ergebnisse der Prüfung weiterer Angebote und Möglichkeiten für den Abriss im Ausschuss für Schule und Kultur zu berichten.

7. 15-F-09-0002

Sicherheit und Sauberkeit fängt beim Menschen an, nicht beim Auto
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Unabhängige & Freie Wähler vom 23.09.2015 -

Mehrere Studien und Umfragen haben ergeben, dass auch in Wiesbaden die Lebensqualität und der Wohlgefühlcharakter einer Stadt stark mit der gefühlten Sauberkeit und Sicherheit korrelieren und höchste Priorität hat. Nachdem Oberbürgermeister Sven Gerich und Ordnungsdezernent Dr. Franz weitreichende Maßnahmen angekündigt haben, um für mehr Sauberkeit und Sicherheit sorgen, bleiben die erhofften Erfolge aus. Nach wie vor ist Vandalismus und Vermüllung von wichtigen öffentlichen Plätzen, wie zuletzt am Neroberg, ein großes Problem. Mit dem neuen Quartiersplatz haben wir noch einen weiteren Platz geschaffen, dessen Aufenthaltsqualität es zu bewahren gilt. Eine Stabstelle, der Umzug der Stadtpolizei, bunte Mülleimer und eine Sauberkeits-App benennen und verschönern nur das Problem, verhindern und lösen aber nicht die Ursache. Während das Ordnungsamt mit neuen Ideen und verstärkt gegen Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr vorgeht, werden die Ordnungswidrigkeiten an anderer Stelle im wahrsten Sinne des Wortes liegen gelassen. Hier gilt es, den Lerneffekt der Bestraften nicht nur auf die Autofahrer zu begrenzen, sondern auch im gleichen Maße auf die Personen auszuweiten, die unsere Lebensqualität durch ihr Verhalten wiederholt beeinträchtigen. Das Ordnungsamt darf nicht den Eindruck erwecken ein „Park- und Halteverbotsamt“ zu sein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie sich die Fallzahlen und die Bußgeldeinnahmen von Ordnungswidrigkeiten seit Einführung des aktualisierten Bußgeldkatalogs zur Gefahrenabwehrverordnung im Mai 2013 und der damit zeitlich verbundenen Neueinstellung von 25 neuen Ordnungshüter in der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie die Fallzahlen und die Bußgeldeinnahmen für falsches Halten, falsches Parken und sonstige Parkverstöße in der Landeshauptstadt Wiesbaden im gleichen Zeitraum entwickelt haben.
2. für konsequenteres Auftreten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes bei Verstößen nach der „Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden“ und für mehr Präsenz auf öffentlichen

Anlagen nach §1 Abs. 3 der Gefahrenabwehrverordnung zu sorgen, insbesondere auf den Flächen, auf denen sich überwiegend Touristen, Kleinkinder sowie Schülerinnen und Schüler aufhalten.

Gegebenenfalls wird den zuständigen Angestellten auf Wunsch eine zusätzliche oder auffrischende Weiterbildung im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürger bzw. Verhalten in Konfliktsituation angeboten.

8. 15-V-02-0008

DL 40/15-1, 39/15-2

Integriertes Handlungskonzept "Aktive Kernbereiche Wiesbaden Innenstadt-West"

9. 15-F-05-0017

Stillstand an der Wilhelmstraße beenden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 23.09.2015 -

Der Bau der neuen Rhein-Main-Hallen schreitet weiter voran. Bereits in knapp zweieinhalb Jahren soll das neue Wiesbadener Kongresszentrum seine Tore öffnen. DEHOGA, IHK und Stadtpolitik sind sich weitestgehend einig, dass das Hotelangebot in der Stadt erweitert werden soll. Daher besteht das Ziel, einen Hotelbetreiber auf einem Teilstück des - noch in Eigentum der OFB befindlichen - Grundstücks an der Wilhelmstraße 1 unterzubringen. Der Magistrat und die Koalition aus CDU und SPD hatten es jedoch abgelehnt, für die Fläche einen Bebauungsplan unter der Beteiligung der Wiesbadener Bürger aufzustellen und auf den geringen Zeitkorridor bis zur Eröffnung der RMH verwiesen. Seit mehr als einem halben Jahr herrscht allerdings nun Stillstand.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. ob bereits mit Interessenten für den Betrieb eines Hotels gesprochen wurde und wer dafür innerhalb des Magistrats zuständig ist.
2. ob er plant, andere Flächen in unmittelbarer Nähe zu den RMH für einen Hotelbau zur Verfügung zu stellen, falls es zu einem Rechtsstreit mit der OFB kommen sollte oder sich die Verhandlungen weiter verzögern.
3. mit welcher Zeitspanne (Einigung mit der OFB bis Fertigstellung des geplanten Hotels) gerechnet wird.
4. Mit welchen finanziellen Risiken der Magistrat im Falle eines Rechtsstreits mit der OFB rechnet.

10. 15-F-05-0016

Schlüsse aus der Umfrage im Westend ziehen - Mobilitäts- und Parkumfrage in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 23.09.2015 -

Dank der vom Magistrat durchgeführten Umfrage im äußeren Westend besitzen die städtischen Gremien nun erstmals belastbare Zahlen zum dortigen Parkplatzbedarf. Wenn der Elsässer Platz nun wie geplant zu einer Anwohnerparkfläche umgewandelt werden wird, muss eine Alternative für die Pendler aus dem Untertaunus geschaffen werden, wenn diese nicht weiter (dann illegal) dort parken oder die ebenfalls stark betroffenen anderen Teile der Innenstadt verstopfen sollen.

Da Mobilität ein elementarer Teil der Stadtentwicklungspolitik ist, sollte dieses erfolgreiche Modell der Anwohnerumfrage auch in den anderen Wiesbadener Stadtteilen durchgeführt werden, um noch mehr empirische Daten in die Entwicklung des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) bzw. in WISEK einfließen zu lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,
 - a. wie sich die Anzahl der öffentlich zugänglichen Parkplätze (im öffentlichen Straßenraum, in den öffentlichen Parkhäusern und in Anwohnergaragen) seit 2010 verändert hat.
 - b. ob bereits Flächen für die Schaffung zusätzlicher Parkplätze (Anwohner sowie P&R) identifiziert wurden.
2. analog zum Beispiel der Befragung im Westend eine solche Umfrage für ganz Wiesbaden zu konzipieren und die Ergebnisse in den neuen Verkehrsentwicklungsplan (VEP) und WISEK einfließen zu lassen.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

- | | | |
|----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|
| 1. | 14-V-20-0075 | DL 37/15-1 |
| | Haushaltsplan 2016/2017 - Terminplan | |
| | ANLAGE | |
| 2. | 15-F-33-0060 | DL 39/15-1 |
| | Aktueller Sachstand „Soziale Stadtplus-Schelmengraben“
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 25.06.2015 - | |
| | ANLAGE | |

- 3. 15-V-01-0016** **DL 37/15-2**
Bericht zum Projekt Walkmühle
- 4. 15-V-20-0027** **DL 36/15-1**
Jahresabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2014 - Information über die wesentlichen Ergebnisse
- 5. 15-V-20-0030** **DL 39/15-3**
Veränderung der Anteilseignerstruktur bei der GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH
- 6. 15-V-20-0032** **DL 36/15-2**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.03.2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 7. 15-V-20-0033** **DL 36/15-3**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 8. 15-V-20-0034** **DL 37/15-3**
Erwerb von Anteilen an Gesellschaften im Bereich Windenergie
- 9. 15-V-20-0035** **DL 38/15-1**
Investitionscontrolling 2. Quartal 2015
- 10. 15-V-20-0037** **DL 37/15-4**
Entwurf des Haushaltsplans 2016/17 - Wirtschaftspläne städt. Gesellschaften
- 11. 15-V-20-0040** **DL 36/15-4**
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

12. **15-V-20-0041** **DL 37/15-5**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
13. **15-V-20-0045** **DL 41/15-1**
Bericht Halbjahresergebnis unter Einbeziehung der Auswertung Stand Juli 2015
ANLAGE
14. **15-V-20-0047** **DL 41/15-2, 39/15-4**
Neuausrichtung der städtischen Altenpflege
15. **15-V-21-0003** **DL 40/15-2, 39/15-5**
Zweitwohnungsteuer Projektauftrag
16. **15-V-36-0006** **DL 37/15-7**
Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden als Mitglied in den "Wasserverband Hessisches Ried (WHR)"
17. **15-V-40-0002** **DL 38/15-3**
Theodor-Flidner-Schule - Erweiterung und Teilsanierung des Hauptgebäudes
18. **15-V-40-0020** **DL 38/15-4**
Neubau der Carl-von-Ossietzky-Schule,
weitere Vorgehensweise auf Basis der Machbarkeitsstudie
19. **15-V-40-0031** **DL 38/15-5**
Mittagessen an Schulen; Neuordnung der Zuständigkeiten innerhalb des Schulamtes
20. **15-V-40-0035** **DL 36/15-5**
Gemeinschaftsinitiative Schule@Zukunft - Bilaterale Vereinbarung 2015 - 2016

21. **15-V-40-0038** **DL 40/15-3, 39/15-6**
Darstellung der Folgekosten aus Schulbaumaßnahmen und geplanten Ist-Abflüsse
22. **15-V-41-0006** **DL 37/15-8**
Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2014, Budget 2015
23. **15-V-41-0013** **DL 37/15-9**
Planung Musiktheater für die Internationalen Maifestspiele 2016/2017
24. **15-V-51-0042** **DL 40/15-4, 39/15-7**
"Praxis und Schule (PuSch)" Sozialpädagogische Begleitung durch die Schulsozialarbeit
25. **15-V-61-0022** **DL 38/15-6, 36/15-7**
SCA-Grünzug in Mz-Kostheim, Vertragsänderung
26. **15-V-67-0002** **DL 36/15-8**
Freigabe und Genehmigung des Budgets zur Instandhaltung von Kinderspielplätzen
27. **15-V-67-0008** **DL 37/15-12**
Finanzielle Situation des Vereins zur Erhaltung des Tiergartens Kastel MZ-Kastel e.V.
28. **15-V-67-0012** **DL 41/15-3**
Baumpflanzungen im Stadtgebiet, Herbst 2015
29. **15-V-70-0003** **DL 37/15-13**
Jahresabschluss 2014 der ELW - Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung

- 30. 15-V-70-0005** **DL 40/15-6, 39/15-9**
Wirtschaftsplan 2016 und 2017 und Mittelfristplanung 2018 und 2019 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden
- 31. 15-V-80-6001** **DL 36/15-9**
Neufassung der Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL)
- 32. 15-V-80-8012** **DL 38/15-7**
Beschäftigungsprojekt Spielplatzbetreuung 2013 und 2014 - Bericht über Verlauf und Integration in den ersten Arbeitsmarkt
- 33. 15-V-80-8014** **DL 38/15-8**
Kofinanzierung Projekt QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule
- 34. 15-V-82-0002** **DL 37/15-15**
Zwischenbericht über die Schadensbeseitigung nach Hochwasser im Kurhaus
- 35. 15-V-82-0005** **DL 37/15-16**
Sanierung Kurparkzaun entlang Parkstraße
- 36. 15-V-82-0007** **DL 37/15-17**
Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebs TriWiCon
- 37. 15-V-86-0002** **DL 38/15-9**
Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes mattiaqua

Tagesordnung III

- 1. 15-V-30-0007** **DL 37/15-6**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Biebrich

2. **15-V-30-0011** **DL 38/15-2**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI
(Wiesbaden-Schierstein)

3. **15-V-51-0037** **DL 36/15-6**
Nachwahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss

4. **15-V-63-0007** **DL 37/15-10**
Satzung über die Erhebung von Bauaufsichtsgebühren der Landeshauptstadt Wiesbaden
(Bauaufsichtsgebührensatzung)

5. **15-V-63-0008** **DL 40/15-5, 39/15-8**
Fortführung Gestaltungsbeirat

Tagesordnung IV

1. **15-V-20-0038** **DL 36/15-1 NÖ**
Kredite

2. **15-V-20-0039** **DL 37/15-1 NÖ**
Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht I/2015

3. **15-V-20-0042** **DL 37/15-2 NÖ**
Kredit

4. **15-V-20-0044** **DL 40/15-1 NÖ, 38/15-1 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2015

5. **15-V-36-0016** **DL 38/15-2 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden vom 25.06.2015
6. **15-V-80-2316** **DL 37/15-3 NÖ**
Objekt "Alte Ziegelei", Nauroder Straße 134
7. **15-V-80-2319** **DL 41/15-1 NÖ**
Geplantes Wohngebiet "Auf den Eichen"- Aufstellung der Planung - Beauftragung der SEG
8. **15-V-80-2320** **DL 41/15-2 NÖ**
Schiersteiner Osthafen - Abschluss von vertraglichen Regelungen zur Ermöglichung einer
baulichen Entwicklung
ANLAGE
9. **15-V-80-8011** **DL 38/15-3 NÖ**
Projekt "Haushaltsnahe Dienstleistungen - Alltagsengel" - Verlängerung 2016 bis 2018
10. **15-V-82-0003** **DL 36/15-2 NÖ**
Mietvertrag zwischen TriWiCon und der Rhein-Main-Hallen GmbH
11. **15-V-82-0004** **DL 37/15-4 NÖ**
Carol-Nachman-Preis Rechnungslegung 2014

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher